

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	169
		TOP:	5
	Verhandlung	Drucksache:	1035/2023
		GZ:	WFB/SI/SWU
Sitzungstermin:	06.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	OB Dr. Nopper, BM Fuhrmann, BMin Dr. Sußmann		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / as		
Betreff:	Sachstandsbericht zur Task Force Flüchtlingsunterbringung		

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind auch die Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses eingeladen.

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Mitteilungsvorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen, des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration und des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 05.10.2023, GRDRs 1035/2023. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Zunächst führt OB Dr. Nopper mit zehn Anmerkungen ins Thema ein:

1. Die Kommunalpolitiker entscheiden nicht über Art, Umfang und Grenzen von Zuwanderung, sondern über den Vollzug geltenden Bundesrechts, d. h. wo und wie Geflüchtete untergebracht werden.
2. Die Stadt will die nach Stuttgart kommenden Geflüchteten anständig, angemessen und menschenwürdig unterbringen.
3. Im Stadtgebiet gibt es derzeit 195 Unterkünfte für Geflüchtete mit insgesamt 10.679 Plätzen, von denen einige jedoch aus baulichen oder belegungsorganisatorischen Gründen nicht belegbar sind.

4. Per Ende September 2023 sind über 9.000 Geflüchtete in städtischen oder von der Stadt angemieteten Not- oder Flüchtlingsunterkünften untergebracht. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die restlichen Plätze innerhalb der nächsten Wochen und Monate vollständig belegt sein. Damit erreicht die Stadt die Kapazitätsgrenzen. Derzeit ist ein Höchststand seit Beginn vergleichbarer Fluchtbewegungen zu vermelden. Vor 2013 waren 800 Geflüchtete in derartigen Unterkünften, in den Krisenjahren 2015/ 2016 waren es 8.200, vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs 4.300 und derzeit sind es über 9.000.

5. Die Geflüchteten sind in System- und Modulbauten, wohnungsähnlichen Unterkünften, Wohnheimen, Notunterkünften, Containern, Hotels und Hallen untergebracht. Zukünftig sollen sie stärker als bisher in Modulbauten untergebracht werden.

6. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, im Interesse des Schul- und Vereinssports auf die Belegung von Sport- und Mehrzweckhallen zu verzichten. Bisher ist dies ganz überwiegend gelungen.

7. Erklärtes Ziel der Stadt ist es auch, die Geflüchteten möglichst gleichmäßig im Stadtgebiet unterzubringen, was angesichts der unterschiedlichen Möglichkeiten und Umstände in den Stadtbezirken teilweise gelinge und teilweise nicht.

8. Erklärtes Ziel der Stadt ist es, die Menschen möglichst in kleinen Einheiten unterzubringen. Dies funktioniert allerdings dann nicht mehr, wenn so viele Menschen kommen wie gegenwärtig.

9. Bei der Auswahl der Standorte steht die Stadt in aller Regel mit dem Rücken zur Wand. Sehr viele Kriterien sind bei der Standortauswahl zu berücksichtigen, was die Zahl der in Betracht kommenden Standorte stark einschränkt. Nicht jeder auf den ersten Blick geeignete Standort ist tatsächlich geeignet.

10. Die Stadt versucht, die berechtigten Interessen vor Ort angemessen zu berücksichtigen und zu würdigen und einen Konsens mit der Bürgerschaft und den Bezirksbeiräten herbeizuführen. Das gelingt nur teilweise. In jedem Fall werden Vorschläge aus der Bürgerschaft und den Bezirksbeiräten für alternative und aus Sicht der Betroffenen vor Ort geeignetere Standorte sehr intensiv und mit großer Offenheit geprüft. Dies gilt gerade auch für den umstrittenen Standort Neuwirtshaus, dessen Belegung die Stadtverwaltung derzeit prüft.

BM Fuhrmann schickt voraus, in der Vorlage sollten die strategischen Ansätze der Verwaltung dargestellt werden, wobei es jedoch schwierig sei, angesichts einer schwer vorhersehbaren Entwicklung eine Strategie zu entwickeln. Im Weiteren erläutert er kurz die Seiten 1 bis 6 der Vorlage. Er bedankt sich bei allen konstruktiv Mitwirkenden der Task Force, deren Arbeit schnelle Entscheidungen ermögliche. Zusätzlich zu den in der Vorlage aufgeführten Ämtern wirkten auch noch Frau Klett-Eininger (L/OB) und L/OB-K mit.

Dem Dank schließt sich auch BMin Dr. Sußmann an. Wesentlich sei die Anerkennung der Migrationsbewegung als eine Daueraufgabe für die Stadt. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass eine Stadt so resilient sein müsse, dass sie die Flüchtlingsbewegungen von Beginn an mit einplane in all ihre Überlegungen. Es gehe darum, eine sozial verträgliche, gute Unterbringung in den Stadtteilen zu ermöglichen. Weiter erläutert sie die Seiten 7 bis 11 der Vorlage. Für den nächsten Doppelhaushalt habe ihr

Referat die Bereitstellung eines Planungsmoduls angemeldet, das es ermögliche, die momentan noch nicht vorhandenen Schnittstellen und für die langfristige Planung notwendigen Datengrundlagen abzubilden. Das ganze System solle durch Expertise begleitet werden. Sie unterstreicht nochmals die Bedeutung einer klaren, transparenten und ehrlichen Kommunikation nicht nur mit dem Gemeinderat, sondern auch mit den Bezirksvorsteherinnen und -vorstehern und der Bevölkerung vor Ort. Nur so könne man verhindern, dass es immer mehr Vorbehalte in der Stadt und der Gesellschaft gebe. Wichtig sei auch, dass die Verwaltung in ihren Äußerungen konsistent bleibe. Viele Fragen könnten aktuell weder von der Stadt, noch von Bund und Land beantwortet werden. Doch brauche man eine Grundlage - auch für den Haushalt - und so plane man aktuell mit 100 Personen als Nettozugang im Monat. Sollte sich herausstellen, dass diese Planungsgrundlage über mehrere Monate hinweg zu niedrig oder zu hoch angesetzt sei, werde sie angepasst. Bislang sei dies nicht erforderlich gewesen. Wichtig sei, dass eine Belegung zu 85 % eine Vollbelegung darstelle. Die 85 % ergäben sich daraus, dass große Familienverbände nicht getrennt werden sollten. Hinzu kämen immer wieder defekte Einheiten, aktuell seien 200 - 300 reparaturbedürftig, z. B. aufgrund fehlerhafter Nutzung oder baulicher Standards, die nicht für eine intensive Nutzung durch viele Menschen ausgelegt seien. Bei Erreichen von 85 % Belegung würden neue Unterkünfte geplant bzw. gebaut. Momentan schlage man dem Gemeinderat neue Unterkünfte in Form von Notunterkünften vor, in Zukunft sollten dies auch langfristige Unterkünfte sein. Sie räumt ein, dass es in der Regel mindestens ein Jahr in Anspruch nehme, bis diese tatsächlich bezugsfertig seien. Aktuell bewege man sich viel im kurzfristigen Modus, steige aber bereits in den mittel- und langfristigen Modus ein und halte im Hinblick auf Erleichterungen den Druck auf Land und Bund weiterhin hoch. Es müssten Lösungen gefunden werden, wie die Stadt auf Dauer mit der Aufnahme und Integration Geflüchteter umgehe. Bislang habe die Stadt dies sehr gut geregelt, nicht zuletzt dank einer sehr guten Verwaltung und eines sehr aufgeschlossenen und vertrauensvollen Gemeinderats. Sie bietet an, das Thema nochmals im SGA aufzurufen.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für die Ausführungen.

StRin Fischer (90/GRÜNE) spricht der Verwaltung ein großes Lob für ihr Handeln aus. Ihre Fraktion unterstütze die dargestellte Vorgehensweise weiterhin zu 100 %. Platzkapazitäten könnten nur geschaffen werden, wenn man wisse, dass es in Kürze dafür auch eine Nachfrage geben werde. Angesichts des Drucks aus der Bürgerschaft müsse man Wege einer guten Kommunikation finden. Das Augenmerk müsse in Zukunft stark darauf gelegt werden, ab wann man mit Informationen über einen Standort in die Stadtbezirke gehe. Über alle Fraktionen hinweg sei man sich einig, dass es auf Dauer nicht so weitergehen könne und man Unterstützung durch Kompromisse in der EU, Bund und Land brauche. Doch sei für diese Diskussion nicht der Gemeinderat zuständig. Ihre Fraktion akzeptiere die von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte, da sie keinen anderen Weg sehe, als dieser Pflichtaufgabe nachzukommen. Zum Standort Neuwirtschaftsmerkt merkt sie an, hier sollte man prüfen, ob leerstehende Siedlungshäuser für die Unterbringung herangezogen werden könnten, sodass einige Plätze auf dem Sportplatz wegfallen könnten. Grundsätzlich müsse jeweils eine Infrastruktur geschaffen werden. Wichtig sei auch die Einbindung von Vereinen aller Art.

OB Dr. Nopper bestätigt der Stadträtin gegenüber, eine Verwaltung müsse gerade auch in der Frage der Flüchtlingsunterbringung so transparent und offen wie irgend möglich kommunizieren. Doch müsse man sich bewusst machen, dass die Verwaltung in vielen Fällen auch nicht wisse, wann wer und wie viele Geflüchtete wohin kämen, und deshalb

nicht so transparent und offen wie gewünscht sein könne. In Bezug auf den Standort Neuwirtshaus gehe man jedem Hinweis auf Alternativen nach, um die Situation zu entspannen und eine bessere Variante als die aktuelle zu finden. Aus seiner Sicht sollte vermieden werden, in dieser schwierigen Situation einen Standort rücksichtslos durchzusetzen.

An dieser Stelle bittet StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), OB Dr. Nopper möge nicht jede Wortmeldung einzeln beantworten, sondern wie üblich alle gesammelt am Ende.

StRin Porsch (CDU) regt an, die Tagesordnung in Zukunft mit den wichtigen Themen zu beginnen. Auch sie lobt alle in der Task Force Beteiligten für ihr großes Engagement über Jahre hinweg. Die Flüchtlingszahlen hätten sich vom Februar 2022 bis August 2023 verdoppelt und insofern sehe sie die Schätzung von 100 Geflüchteten/ Monat als sehr optimistisch an. Sie dankt BMin Dr. Sußmann, die OB Dr. Nopper gebeten habe, Druck auf Land und Bund auszuüben, weil Lösungen dringend gebraucht würden. Das habe ihre Fraktion im Übrigen schon vor Wochen im Gemeinderat gefordert und sei dafür hart kritisiert worden. Mittlerweile sei sich jedoch das ganze Land einig, dass es so nicht weitergehen könne, weil die Kommunen mit dem Rücken zur Wand stünden. Bei knapp 10.000 Flüchtlingen in der Stadt müssten bei 10 % Kindern und Jugendlichen 1000 Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen untergebracht werden. Ehrenamtlich werde bezüglich der Integration schon viel geleistet, doch müsse man konkret beleuchten, was dies für die Stadtteile und alle Beteiligten heiße. Hinzu komme das Riesenproblem der Unterbringung, die Standorte verringerten sich und die Genehmigungsverfahren dauerten lange. Angesichts der Insolvenz vieler Bauträger seien im Bereich des geförderten Wohnungsbaus keine besonderen Aktivitäten zu erwarten. In der Folge ergebe sich Konkurrenz zu Menschen, die schon jahrelang auf eine Wohnung warteten. Dennoch sei man mit der Vorlage auf dem richtigen Weg. Man müsse es strategisch angehen und alles betrachten, um den Stuttgarter Weg irgendwie halten zu können. Auch sie bittet OB Dr. Nopper im Namen ihrer Fraktion, dem Land gegenüber klar zu äußern, dass auch Stuttgart als Landeshauptstadt es nicht mehr schaffe, wenn sich hier nichts ändere. Die Stadt befinde sich am Rande ihrer Kapazitäten und habe zugleich eine Verantwortung sowohl gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern als auch gegenüber Flüchtlingen. Alle Beteiligten müssten sich anstrengen und eine Lösung finden. OB Dr. Nopper weist darauf hin, dass er das Problem gegenüber dem Land bei mehreren Gelegenheiten in aller Klarheit angesprochen habe. Anschließend verabschiedet er sich, da er einen wichtigen, unaufschiebbaren Termin wahrnehmen müsse.

StR Lutz (SPD) betont, niemand verlasse sein Land grundlos. Er bedankt sich bei BMin Dr. Sußmann explizit für ihre Einführung. Die Stadt tue alles, um die Zahl der Flüchtlingsbewegungen zu minimieren, z. B. mit guter Entwicklungsarbeit und dem Stuttgarter Klimaschutzplan. Dennoch werde es in Zukunft enorme Wanderungen aufgrund des Klimawandels geben. Insofern werde das Flüchtlingsthema die Stadtgesellschaft weiterhin beschäftigen. Hier sei die Task Force extrem wichtig, doch sei nun der Zeitpunkt gekommen, an dem man eine Querschnittsabteilung brauche, die die gleichen Eingriffsmöglichkeiten wie die Task Force habe und Sonderbehandlungen durchführen könne, um Probleme zu beheben. Flüchtlingspolitik müsse in der Stadt mitgedacht werden, auch in Zeiten, in denen die Situation nicht ganz so akut sei. Ganz wichtig sei auch eine ehrliche Kommunikation. An dieser Stelle betont er, das Asylrecht sei kein Gnadenrecht. Um den Ängsten in der Bevölkerung zu begegnen, brauche man soziale Be-

gleitpakete. Im Hinblick auf die Wohnungsbelegung sollte der Stuttgarter Weg unbedingt weiterverfolgt werden.

Mit einem Hinweis auf den Antrag ihrer Fraktion erkundigt sich StRin Tiarks, ob für eine Begleitung die Bedarfe und die Stellen schon in der grünen Liste und den von OB Dr. Nopper genehmigten Stellen enthalten seien. Falls es noch Bedarfe gebe, bitte sie die Verwaltung um entsprechende Informationen. Sie unterstreicht die Ausführungen ihres Vorredners, dass Geflüchtete, insbesondere wegen der Auswirkungen des Klimawandels, als Daueraufgabe gesehen werden müssten. Zudem habe Europa wesentlich zum Klimawandel beigetragen und stehe deshalb in der Verantwortung, Geflüchtete, egal ob vor den Auswirkungen des Klimawandels oder vor Krieg, aufzunehmen. In der Zeitung habe sie gelesen, dass in Stuttgart Geflüchtete abgewiesen worden seien. Hier bittet sie um Näheres, u. a. auch dazu, ob die 85 %ige Auslastung erreicht worden sei. Sie erinnert an die Gründe für das geltende Asylrecht und weist nochmals auf die Verantwortung den Geflüchteten gegenüber hin. Sie bewertet es positiv, wenn eine Datengrundlage bezüglich der Zahl der Kinder, der Kitaplätze zusammengestellt werde. Gegenüber StRin Porsch merkt sie an, ihre Fraktion sei anderer Meinung als "das ganze Land" und vertrete die Ansicht, dass zu viel Geld für das Militär und zu wenig für Soziales ausgegeben werde. Hier würden Ärmere gegeneinander ausgespielt. Dies dürfe die Gesellschaft nicht zulassen. Zur Situation der Bauträger erklärt sie, diese hätten über viele Jahre hinweg sehr viel Geld eingenommen.

StRin Tiarks führt weiter aus, richtig sei die dezentrale Unterbringung. Dafür sollten statt einer mittelbaren Belegung die vorhandenen Wohnungen verwendet werden. Sie fragt, ob es zutrefte, dass man nach dem Polizeigesetz in Zwangssituationen leerstehende Wohnungen besetzen könne, um Geflüchtete unterzubringen. Sie regt an zu prüfen, ob nach dem Wegzug der Württembergischen in deren Gebäude am Feuersee zum Teil auch Geflüchtete untergebracht werden könnten. Hierzu merkt BM Fuhrmann an, BM Pätzold habe sich bereit erklärt, mit dem Investor zu sprechen, um die weitere Planung kennenzulernen. Ohnehin schaue sich die Task Force regelmäßig leerstehende Gebäude, u. a. das Seniorenheim in Schönberg, an. Wohnungen nach dem Polizeigesetz zu beschlagnahmen, halte er für schwierig, lasse es jedoch prüfen und berichte dann. Allerdings habe Stuttgart eine Zweckentfremdungssatzung, die Leerstand verhindern solle. Die der Stadt angebotenen Wohnungen seien teilweise von der Qualität her nicht so gewesen, dass man dort wohnen wolle.

StR Puttenat (PULS) spricht der Verwaltung, die neben dieser Thematik ja auch noch ihr Alltagsgeschäft bewältigen müsse, seinen besonderen Dank aus. Er schließt sich StR Lutz an und bekräftigt, dass die Stadt es aufgrund des Klimawandels mit noch sehr viel mehr Geflüchteten zu tun haben werde. Dafür müsse man jetzt die Strukturen schaffen, um nicht im Dauerzustand einer Task Force zu arbeiten. Es müsse in die Planung der nächsten Jahre in sämtlichen Facetten miteinbezogen werden. Die Stadt habe eine moralische, aber auch rechtliche Verpflichtung, und insofern gehe es nicht um die Frage, wie weltoffen man sich präsentieren wolle. Den Stuttgarter Weg könne man nur soweit gehen, wie es die Umstände zuließen. Hier habe er großes Vertrauen in die Verwaltung.

Auch StR Neumann (FDP) fragt nach den Umständen für die Abweisung von Geflüchteten und wie dann der nächste Schritt aussehe. Im Zusammenhang mit den genannten Netto-Zahlen weist er darauf hin, dass es zunächst darum gehe, die Brutto-Spitzenzuwächse zu bearbeiten. In eine volle Halle könnten nicht noch mehr Personen

einquartiert werden. Einen absolut limitierenden Faktor bilde die Infrastruktur. Wann das Limit erreicht sei, sei sehr schwierig zu sagen. Ihm stelle sich die Frage, wie es dann im operativen Bereich weitergehe: Werde anders verteilt oder müsse man sich ans Land wenden? Er sehe die Grenze schon bald erreicht. BMin Dr. Sußmann merkt an, die Verwaltung könne nur auf Sicht fahren - anhand der Prognosen. Was die abgewiesene Familie anbelange, so habe aufgrund eines Mumps-Ausbruchs in der Nebenhalle der Schleyerhalle die Familie mit Kindern dort nicht aufgenommen werden können. Weitere Kapazitäten habe man auch nicht gehabt. Diese Familie habe bei Verwandten und Bekannten untergebracht werden können. In einer solchen Situation bemühe sich die Verwaltung um eine Verständigung mit dem Regierungspräsidium, das einmal im Monat einen Bus mit Geflüchteten schicke. Je nach Zusammensetzung werde dann eine passende Unterkunft gesucht. Hierfür benötige man Kapazitäten, weshalb eine Auslastung von 85 % nicht überschritten werden sollte. Das Überlaufszenario sehe eine Hallenbelegung vor, wobei auch dafür eine Vorlaufzeit von bis zu acht Wochen benötigt werde: für Betten, notfalls Feldbetten, Caterer, Security, Träger der Flüchtlingshilfe etc.

An einen Antrag seiner Fraktion erinnert StR Zaiß (FW). Am Schwanenplatz solle der Gesundheitscampus gebaut werden, und vom Bauherrn werde angeboten, auf seinem Grundstück in der Hallstraße Geflüchtete unterzubringen. Er erkundigt sich nach diesbezüglichen Überlegungen. Es wäre schade, wenn das Projekt Gesundheitscampus Berg auf Eis gelegt würde, während auf der anderen Seite ein Privatmann Ausgleichsflächen anbiete. Hierzu legt BM Fuhrmann dar, das Grundstück sei vom Amt für Stadtplanung untersucht und als nicht geeignet beurteilt worden. Es sei zu klein. Die Verwaltung werde darauf noch schriftlich antworten und sei im Gespräch mit dem Investor.

StR Köhler (AfD) weist darauf hin, dass es sich aktuell um eine Kenntnisnahme handle. Er macht deutlich, dass er sich nicht auf eine Daueraufgabe einstellen wolle. Bei solchen Zahlen werde sich die Ressourcenproblematik verschärfen, da Personen ins Land kämen, die im notwendigen Maße nicht zu den Ressourcen beitragen könnten - zumindest nicht im Augenblick. Nicht nachvollziehen könne er, wenn man die Verfolgten des Nationalsozialismus mit den "jungen Männern, die auf den Booten zu uns kommen" gleichsetze. Im Übrigen sehe er Deutschland nicht "schicksalhaft" für die Krisen der Welt verantwortlich, zumal andere europäische Länder dies offensichtlich anders sähen.

Gegenüber StRin Tiarks stellt StRin Bulle-Schmid (CDU) klar, nicht jeder, der sich als Flüchtling empfinde, sollte hier aufgenommen werden dürfen. Dies führe zu den großen Problemen. Klimaflüchtlinge hätten z. B. kein Asylrecht in Deutschland. Gleiches gelte für Wirtschaftsflüchtlinge. Wenn, wie vom Bundespräsidenten gefordert, die illegale Migration eingedämmt würde, würde dies auch Stuttgart helfen. Angesichts der hohen Zahlen funktioniere die Integration nicht mehr so, wie es notwendig wäre (z. B. in Bezug auf Respekt vor Frauen), und dies mindere die Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie bittet um eine Aufstellung, wie die freien Träger mit den Integrationskursen umgingen, wer die Teilnehmenden - wie viele pro Kurs - worin unterrichte, und mit welchem Erfolg, falls dieser gemessen werden könne.

Auf Nachfrage der StRinnen Fischer und Tiarks führt BMin Dr. Sußmann aus, die Verwaltung rechne mit einem Nettozugang von 100 Geflüchteten/ Monat. Das beruhe auf der Annahme von 400 Aufnahmen und 300 Auszügen. Bei den 400 Aufnahmen handle es sich um 60 % Zuweisungen (240 Personen) durch das Regierungspräsidium, um 35 % Kontingentflüchtlinge (140 Personen). Den Rest von 5 % (20 Personen) machten Geburten und Familienzusammenführungen aus. StRin Fischer gegenüber bestätigt sie

die Bedeutung der Vereine. Die Stadt verbuche es als großen Erfolg, dass man auf die bei der letzten Flüchtlingsphase 2015/2016 gut aufgebaute Hilfestruktur auch jetzt wieder zurückgreifen könne. Die Vereine vor Ort bildeten den Motor für Integration.

Sie dankt StR Lutz für seine klaren Worte, das Flüchtlingsthema als Dauerthema und Aufgabe in der Stadt anzunehmen. Die Stadt sei in der ämterübergreifenden Zusammenarbeit immer am stärksten. Sinnvoll wäre ihrer Ansicht nach, bei vielen Themen in Form einer Projektstruktur weiterzuarbeiten. Das Flüchtlingsthema sei in seiner Komplexität ein absolutes Querschnittsthema, in das alle Referate involviert seien. Durch die zeitnahe Einbindung der Bezirksvorsteher hole man sich vor Ort ein erstes Bild der Stimmung im Stadtbezirk ab. Aufgrund der Rückmeldung werde dann entschieden, wann man informiere und ob eine große Veranstaltung erforderlich sei. Bevor man mit einem Hotel bzw. einer Unterkunft an die Öffentlichkeit gehe, solle zunächst der Gemeinderat informiert werden und entscheiden.

Gegenüber StR Köhler macht BMin Dr. Sußmann deutlich, man müsse es als Tatsache anerkennen, dass die Flüchtlingsbewegung ein Dauerthema der Zukunft sein werde. Man wolle sich nicht abschotten, sondern ein freies Europa, und Migration sei durchaus erwünscht, wenngleich man sich über die Art und Weise verständigen müsse. Wenn die Entwicklung sich weiter so fortsetze, werde die Stadt an die Grenzen kommen. Doch handle es sich um eine gesetzliche Verpflichtung und eine humanitäre Aufgabe, der sich die Stadt stelle. Die Unterbringung sei hier der erste Schritt.

An StRin Bulle-Schmid gewandt ergänzt sie, im nächsten Schritt folge die Integration, und das sei die schwierigere Aufgabe. Hier gehe es auch um die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft, die Zeit und gute Strukturen brauche. Zudem wisse man aktuell nicht, wie sich vieles entwickeln werde, z. B. in Bezug auf die Ukraine. Für die Integration benötige man alle Träger, mit denen die Stadt in regelmäßigem Austausch stehe, und zusätzlich die Unterstützung der Bundesregierung. Momentan sei es noch keine Pflichtaufgabe der Kommunen, doch faktisch bemühe sich die Stadt bereits um die Integration vor Ort. Dafür brauche man viel Geld. Erfahrungen zeigten, dass schnell mit der Integration begonnen werden müsse. Die Menschen aus der Ukraine dürften die Deutsch- bzw. Integrationskurse nun sofort besuchen und nicht erst nach Abschluss ihres Asylverfahrens.

Zum Stichwort illegale Migration merkt sie an, die Menschen würden der Stadt zugewiesen. Ob ihr Asylantrag Erfolg habe oder nicht, entscheide sich erst nach ein oder zwei Jahren. So lange sei diese Person rechtmäßig hier. Insofern sei es wichtig, dass die Asylverfahren schnell abgeschlossen würden und die Menschen schnell Klarheit hätten. Dann komme aber die Frage der Rückführung. Praktisch sei es aber so, dass ein Mensch, der keinen Pass habe oder dessen Land ihn nicht mehr aufnehme, nirgendwo hingeschickt werden könne. Für diese - geduldeten - Menschen würden in Stuttgart auch Sprachkurse angeboten.

Das Land habe die Mindestfläche von 4,5 m² pro Person verlängert. An dieser Zahl orientiere sich die Stadt bei der Unterbringung.

Auf Nachfrage von StRin Tiarks führt sie aus, retrospektiv könne man feststellen, wie viele Kinder in der Kita und der Schule seien. Mit dem vorgestellten Modul als Planungsgrundlage wolle man im Vorfeld schauen, wie es sich auswirke, wenn geflüchtete Familien in einen Stadtteil kämen und dann die Struktur entsprechend planen. Die von

der Stadträtin angesprochenen Stellen seien noch nicht eingespeist. Sie lasse ihr dies im Nachgang zur Sitzung nochmals schriftlich zukommen.

BM Fuhrmann stellt fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen hat von der GR Drs 1035/2023 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Sabbagh / as

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
weg. SGA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat T
Hochbauamt (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand